



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/XIII/190 - 23. August 1958

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0686890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Es darf keine Ruhe geben! Öffentliche Meinung muß endgültigen Stop der Atomwaffenversuche erzwingen	43
2	Stationen und Probleme einer Reise Mit wem wird de Gaulle in Afrika sprechen?	48
3 - 4	Schritte zur deutsch-polnischen Verständigung Eine aktuelle Schrift über die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen	78
5	Lehrer in Uniform Warum so viele Lehrer aus der Zone flüchten	38
6	Das Risiko ist zu groß Dänemark verzichtet auf Besuch der "Skate"	37

* * * * *
* * *

Es darf keine Ruhe geben!

sp - Als im Herbst 1956 und dann im Juli 1957 die Sozialistische Internationale den Stop der Atomwaffenversuche in der ganzen Welt forderte, bezeichnete man hier und dort den mit dieser Forderung verbundenen Appell des demokratischen und freiheitlichen Sozialismus an die Staatsoberhäupter der Atommächte als "Illusion" und "falsche Einschätzung der politischen Realitäten".

Seit gestern ist aus der "Illusion" eine Realität geworden. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben mit fünf Monaten Verspätung nach der Sowjetunion ihre Zustimmung zur Einstellung der Atom- und Wasserstoffbombenversuche gegeben. Spätere Geschichtsschreiber mögen, unterstützt von Wissenschaftlern, untersuchen, um wieviel geringer die atomare Verseuchung der Atmosphäre sein könnte, wenn sich die atomwaffenbesitzenden Mächte schon früher und zu gleicher Zeit zu diesem Schritt entschlossen hätten ...

Nun, da er getan ist, dieser Schritt, wollen wir ihn begrüßen und mit noch größerem Elan als bisher die öffentliche Meinung der Welt mobilisieren, um zu erreichen, daß aus den vorübergehenden ein endgültiger Stop der Atomwaffenversuche werden möge. Albert Schweitzer hat einmal gesagt, wenn die verantwortlichen Staatsmänner dieser Welt nicht selbst zur Einsicht gelangten, müßte die öffentliche Meinung sie zwingen, die Besinnung auf ihre eigentliche Aufgabe, den Menschen zu dienen, wiederzufinden.

Heute begründet man offiziell die Bereitschaft zur Einstellung der Atom- und Wasserstoffbombenversuche mit der Feststellung der Wissenschaftler, es seien durchaus Kontrollmöglichkeiten gegeben. Das mag der eine Grund für den zu lobenden Beschluß sein. Der andere Grund ist aber zweifellos die immer stärker werdende Unruhe in den Völkern, der Aufstand der Gewissen gegen den Irrglauben, man könne heute noch im Zeitalter der hochentwickelten nuklearen Waffen irgendeine der gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Probleme unserer Welt mit militärischen Mitteln lösen. Der Einsatz von Atomwaffen bringt die Verseuchung und Vernichtung für alle.

Deshalb darf es auch jetzt keine Ruhe geben. Die öffentliche Meinung der Völker muß die Staatsmänner zwingen, den einmal beschrittenen Weg der Vernunft weiterzugehen.

Wir wissen aus Erfahrung, daß es noch langwieriger Verhandlungen bedarf, um all' die Hoffnungen, die nunmehr entstanden sind, zur politischen Wirklichkeit werden zu lassen. Gerade wir in Deutschland sollten uns bewußt sein, daß wir in der nunmehr beginnenden Periode mehr denn je die Verpflichtung haben, alles zu unterlassen, was neue Spannungen zwischen Ost und West entstehen lassen und alles zu tun, was zur Entspannung beitragen könnte. Das wäre die größte Leistung des deutschen Volkes in den Bemühen um die Erhaltung des Friedens.

Stationen und Probleme einer Reise

H.E.D. Mit der Ankunft in der Madagassischen Hauptstadt Tananarivo hat die Reise des französischen Regierungschefs durch die afrikanischen Territorien begonnen. Was er dort hörte, wird kaum seinen Elan hemmen. Die Reise wird etwa eine Woche dauern und den General in die wichtigsten Städte des "größeren Frankreichs" in West- und Äquatorialafrika führen. Er wird ebenso Station machen in Brazzaville am Kongo, in Abidjan an der Elfenbeinküste wie in Konakry oder in Dakar, wo erst vor wenigen Tagen eine aufgebraute Menschenmenge unter Rufen wie "Wieder mit dem Kolonialismus" und "Es lebe ein unabhängiges Afrika" gegen Polizeikordons anrannte. Vielleicht wird dieser Vorfall de Gaulle zu einigem Nachdenken veranlassen, verzeichnete er doch den Ausbruch eines Mißvergnügens mit jenen Vorstellungen, die in der neuen französischen Verfassung verankert sind und als deren Repräsentant der Mann aus Colombey-les-deux-Eglises seine politische "Werbe-Tour" ins schwarze Afrika unternommen hat.

Man hat es in Paris und auch anderswo im Mutterland als das Hauptanliegen de Gaulles während seiner Reise bezeichnet, in direkten Kontakt mit Vertretern der einheimischen Bevölkerung zu treten und deren Ansichten zu den Pariser Plänen zu hören. Man, an dieser Stelle erhebt sich die Frage, mit wem der Regierungschef sprechen wird und wer nach Lesart der Regierung des Mutterlandes als "Sprecher" der einheimischen Volksgruppen zu gelten hat. Überblickt man das derzeitige innenpolitische Leben in den einzelnen Territorien Französisch-West- und Äquatorialafrikas, so sind drei Fakten festzuhalten:

1. Die zahlenmäßig ins Gewicht fallenden klassischen afrikanischen Parteien, wie das "Rassemblement Démocratique Africain" oder das "Ré-groupement Africain" sind in der Mehrzahl ihrer Führer und Mitglieder nach wie vor für eine enge Bindung an Frankreich. Aus ihnen heraus stellt sich das Reservoir jener, die de Gaulle zujubeln und seinen Ausführungen den notwendigen Applaus geben werden.

2. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß gewisse Gruppen der in diesen Parteien organisierten Intelligenz und Arbeiterschaft im steigenden Maße gegen den Kurs der Parteiführungen opponieren. Als Beispiel darf der Beschluß der Landeskonferenz des senegalesischen RDA angesehen werden, der in der Forderung nach Selbstbestimmung gipfelte.

3. In letzter Zeit entstehen neue politische Gruppen, die sich in der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft als auch in der Programmatik völlig von den klassischen Parteien unterscheiden. Bei diesen Gruppen stand vor allem das Beispiel Ghana Pate.

Vor dem Hintergrund derartiger Tatbestände vollzieht sich die Reise de Gaulles. Es muß als ausgeschlossen gelten, daß der General den Versuch unternimmt, mit Personen oder Gruppen ins Gespräch zu kommen, die nicht von vornherein auf den Grundsatz der "Französisch-Afrikanischen Gemeinschaft" eingeschworen sind. Daß dies natürlich eine Einengung der Realität bedeutet, darüber sind sich viele französische Politiker im Klaren.

Die Probleme der Reise de Gaulles liegen weniger in der Möglichkeit, der Regierungschef werde auf aktuelle Widerstände stoßen, als vielmehr in der de Gaulle'schen Eigenschaft, nur das zu sehen, was seiner Konzeption entspricht.

Schritte zur deutsch-polnischen Verständigung

Et. - Wann wird endlich das Tabu, das über dem polnisch-deutschen Verhältnis liegt, gebrochen werden? Während die verantwortlichen Politiker noch zögern, packen mutige Wissenschaftler das Problem an und versuchen, den Boden für eine bessere Verständigung beider Völker vorzubereiten.

Im März 1956 veröffentlichte das Internationale Schulbuchinstitut in Braunschweig 47 Thesen von Dr. Enno Meyer über die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen im Geschichtsunterricht. Die Abhandlung, die von namhaften Fachgelehrten begutachtet worden war, sollte zu einer verstärkten und dabei objektiven Behandlung der polnischen und ost-deutschen Geschichte in den Schulbüchern und im Geschichtsunterricht anregen. Zur Überraschung der Herausgeber (Prof. Eckert und Dr. Schüddekopf) fand der Aufsatz ein ungewöhnlich starkes Echo, nicht zuletzt in Polen selbst.

Hinsichtlich der internationalen Schulbuchverbesserung ist in den letzten Jahren viel erreicht worden. Geschichtsforscher und -lehrer vieler Länder haben in gemeinsamer Arbeit strittige Fragen und die Ergebnisse ihrer Bemühungen als "Empfehlungen" veröffentlicht. Die Wirkung dieser Empfehlungen kann man in den Geschichtsbüchern bereits erkennen. Aber diese Art internationaler Verständigung stößt in den Ostländern auf Schwierigkeiten. An deutsch-polnische Historikertagungen ist im Augenblick nicht zu denken.

Das ist umso bedauerlicher, als zwischen Deutschen und Slawen ganze Berge von historischen Vorurteilen und Irrtümern abzutragen sind. Dr. Enno Meyers "Thesen" waren das Ergebnis einer von keiner Behörde oder Organisation veranlaßter Gelehrten-Diskussion, an der u. a. Prof. Forst de Battaglia (Wien) und Freiherr von Braun (Göttingen) teilnahmen. Die Thesen befaßten sich mit den Abschnitten der Geschichte, über die es auf beiden Seiten verschiedene Ansichten gibt. Sie sollten keine Argumente für die politischen Forderungen der Gegenwart liefern, aber sie betrachteten das ganz besonders, was Deutsche und Polen gemeinsam haben.

"Diese Initiative der westdeutschen Historiker kann man mit gebührender Anerkennung begrüßen. Die Frage, wie sich die Beziehungen zwischen dem polnischen Volk und dem gesamten deutschen Volk gestalten, ist nicht nur ein politisches Tagesproblem, sondern auch ein Kultur- und Erziehungsproblem, das über das Geschichtsbild bis in die Gegenwart hinein wirkt."

So heißt es in einer Stellungnahme des polnischen Wissenschaftlers Labuda. "Bedeutet das einen Schritt vorwärts?" fragt ein anderer polnischer Gelehrter, der sich in der Zeitschrift "Geschichts- und Verfassungskunde" in einem längeren Aufsatz mit den "Thesen" Meyers auseinandersetzt. Zusammen mit einem kritischen Schlußwort Dr. Meyers hat das

23. August 1958

Internationale Schulbuch-Institut jetzt vier in Polen erschiene-
ne ausführliche Besprechungen der Thesen Dr. Meyers der Öffent-
lichkeit zugänglich gemacht. *) Das mit der Unterstützung des
Kuratoriums "Unteilbares Deutschland" und der "Friedrich-Ebert-Stif-
tung" erschienene 76 Seiten starke Heft wird abermals seine weit
über die Fachwelt hinausreichende Beachtung finden.

Die polnischen Kritiker stehen auf dem Boden des historischen
Materialismus. Über den Inhalt vieler Thesen gibt es unterschied-
liche Ansichten. Die Mehrzahl der Meyer'schen Thesen scheint aber auf
polnischer Seite Billigung gefunden zu haben. Das ist ein hoffnungs-
volles Zeichen, daß hier, auf einem Grenzgebiet zwischen Wissenschaft,
Unterricht und Politik das "Tabu" durchbrochen werden kann. Aus wel-
chem Geiste heraus die polnischen Kritiker an die deutschen Thesen
herangegangen sind, zeigen folgende Worte, mit denen Kazimierz Pi-
warski seine Stellungnahme einleitet:

"Schulbücher für den Geschichtsunterricht haben eine besondere
Bedeutung für die Formung der Ansichten über die Beziehungen zwischen
zwei benachbarten Völkern. Sie können entweder dem Gedanken der Zu-
sammenarbeit und der gegenseitigen Verständigung dienen, oder sie
verschärfen noch die nationalistischen Antagonismen und nähren die
Konflikte. In diesem Falle handelt es sich um die deutsch-polnischen
Beziehungen. Es ist bekannt, wieviel Unheil die nationalistischen
Thesen von der Unvermeidbarkeit eines polnisch-deutschen Konfliktes
angerichtet haben. Diese Unvermeidbarkeit wurde gerade mit histori-
schen Argumenten begründet. Wenn diese Konflikte eine Tradition von
zehn Jahrhunderten haben, dann kann man nämlich kaum erwarten, daß
es in der Gegenwart anders sein sollte. Das ergibt dann die Perspek-
tive völliger Hoffnungslosigkeit und des Bestrebens, sich gegenseitig
auszurotten, und zwar je nachdem, wer im gegebenen Augenblick der
Stärkere ist, wer besser die Konjunktur der internationalen Lage aus-
zunutzen weiß. Das sind katastrophale Perspektiven."

*) "Über die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen im
Geschichtsunterricht"; Sonderdruck aus dem Internationalen
Jahrbuch für Geschichtsunterricht 1957/58. Zweite, erweiter-
te Auflage. Albert Limbach-Verlag, Braunschweig

Lehrer in Uniform

K.J. "Am besten hat es doch der Lehrer! Am Tage muss er nur ein paar Stunden arbeiten - in der Schule unterrichten und zu Hause Kette zensurieren. Urlaub hat er wie kein anderer, rund drei Monate im Jahr. Ein heisser Sommer gibt ihm und seiner Klasse schon von morgens zehn oder elf ab hitzefrei ..."

Diese Auffassung vom "leichten" Lehrerberuf stimmt heute längst nicht mehr - und sie stimmt schon gar nicht mehr für die Verhältnisse in der Sowjetzone. Der Lehrer gehört grüben zu den geplagtesten Menschen. Seine Hauptarbeit beginnt da, wo der Lehrer früher Freizeit hatte. Er muss der "Gesellschaft für Sport und Technik" angehören, mornen lernen und fallschirmspringen. Mit den "Betriebskampfguppen" benachbarter industrieller "Paterbetriebe" zieht er zu Geländeübungen aus, marschierend, exerzierend, schiessend. Den Rest Freizeit am Tage holen sich Partei und "Nationale Front": dort hat er Reden zu halten, Aktive zu leiten und Hausbesuche zu machen. In den Schulferien geht er mit den Kindern in "Pionierlager" und Ernteeinsätze und anschliessend zu seiner eigenen "ideologischen Fortbildung" selbst für eine gute Woche auf die Schulbank.

Nun will man ihn noch uniformieren. So haben vom ersten September ab, mit Beginn des neuen Schuljahres, sämtliche Lehrer des ehemaligen "Grauen Klosters" in Ostberlin im blauen FDJ-Hemd zum Unterricht zu erscheinen. Der kommissarisch eingesetzte Direktor hat es so befohlen. Wer sich widersetze, habe mit seiner sofortigen Entlassung oder Versetzung zu rechnen, heisst es.

Ähnliche Meldungen kommen von anderen sowjetzonalen Schulen. Man erinnert sich an die Nazijahre, als man den Lehrern nahegelegt hatte, in der SA- oder Amtswalter-Uniform in die Schule zu gehen. Wäre es mit dem Krieg anders ausgegangen, würden heute längst alle Staatsangestellten, vom Klippschullehrer bis zum Steuerinspektor, braune Uniformen tragen. Geplant war die Uniformierung - Hitler blieb nur nicht die Zeit zur Durchführung.

Ulbricht aber hat diese Zeit. Er tritt den "Schlussmarsch in den Kommunismus" mit uniformierten Lehrern an, die neben allen anderen schon vorhandenen Belastungen nun noch ein "polytechnisches Praktikum" absolvieren sollen.

Ist es ein Wunder, wenn das den geplagten Lehrern zu viel wird? Es vergeht kein Tag, an dem sich im Westberliner Notaufnahmelaager Marienfelde nicht eine Gruppe von Lehrern meldet. In einer einzigen Augustwoche kamen 99.

Das Risiko ist zu gross

sp - Die dänische Regierung hat das Anlaufen des amerikanischen mit Atomenergie angetriebenen Unterseekbootes "Skate" in den Hafen von Kopenhagen verboten. Namhafte dänische Atomwissenschaftler, auf deren Gutachten die dänische Regierung sich berief, hatten erklärt, für die Bevölkerung von Kopenhagen könnten unvorstellbare Gefahren entstehen, wenn durch irgendeiner nicht vorauszu sehenden Unfall der grosse Atomreaktor des U-Bootes "undicht" würde. Ein anderer skandinavischer Staat, Norwegen, hat den Besuch der "Skate" in Bergen und Oslo genehmigt. Die massgeblichen Stellen der Vereinigten Staaten versicherten natürlich sofort, der Atomreaktor der "Skate" sei so gut "abgedichtet", dass überhaupt nichts passieren könne.

Niemand wird daran zweifeln, dass die US-Marine alles getan hat, um den Atomreaktor der "Skate" so ungefährlich wie nur möglich zu machen. Es gibt aber keine narrensichere "Abdichtung" für Atomreaktoren, vor allem dann nicht, - was besonders in einem Hafen durchaus im Bereich der Möglichkeiten liegt - wenn das U-Boot irgendeine Havarie erleidet. Es gibt überhaupt keine Narrensicherheit in der Technik, wie uns jeder Tag erneut beweist. Schliesslich steht am Ausgangspunkt jeder technischen Leistung der Mensch, und niemand wird behaupten wollen, dass trotz aller Sicherungsmassnahmen dem zuverlässigsten Menschen keine Fehler unterlaufen können.

Als es noch keine Atomreaktoren gab, geschahen durch Fehlleistungen in der Technik auch grosse Unglücke, deren Ausmass vielen Menschen das Leben gekostet hat. Wenn aber ein Atomreaktor "undicht" wird und wenn in der Nähe dieses Reaktors Hunderttausende von Menschen leben, ist das Ausmass einer Katastrophe unvorstellbar. Das mag wohl die Überlegung der dänischen Regierung gewesen sein, als die den Anlauf des amerikanischen U-Bootes "Skate" in den Hafen von Kopenhagen untersagte.

Soll man die dänische Regierung deshalb tadeln? Wir glauben nicht, denn es ist besser, wenn eine Regierung im Zweifelsfalle Vorsicht walten lässt, als dass sie die ihr anvertrauten Menschen einem Risiko aussetzt. Es ist gut, dass es noch Regierungen gibt, die auch angesichts der Siegeszüge der modernen Technik kaltes Blut bewahren.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel